

Aktuelle Fragen der Wohnbauförderung

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **46 (1971)**

Heft 5

PDF erstellt am: **01.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-103999>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Dieser Kurs, veranstaltet in Verbindung mit dem Schweizerischen Institut für Aussenwirtschafts- und Marktforschung an der Hochschule St. Gallen, findet statt am *Mittwoch und Donnerstag, 30. Juni/1. Juli 1971, in St. Gallen* (Grosser Saal des Kongresshauses Schützengarten, St. Jakobstrasse 35).

Anlass und Zweck des Kurses

Ende Januar 1971 hat das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement das Vernehmlassungsverfahren über einen Wohnbauartikel der Bundesverfassung abgeschlossen. Der Verfassungsnachtrag bezweckt, die Förderung des Wohnungsbau zu verstärken, den veränderten Verhältnissen anzupassen und als Daueraufgabe von Bund und Kantonen zu institutionalisieren. Die Beratende Wohnbaukommission des Bundes, der Delegierte des Bundesrates für Wohnungsbau und das Eidgenössische Büro für Wohnungsbau beraten in Zusammenarbeit mit den interessierten Kreisen bereits die Ausführungsgesetzgebung zum neuen Wohnbauartikel.

Der Kurs möchte dazu beitragen, dass ein breiter Kreis von Interessenten möglichst frühzeitig durch kompetente Persönlichkeiten näher über die in Vorbereitung befindliche Neuordnung der Wohnbauförderung informiert wird. Die Veranstaltung soll ferner ermöglichen, über aktuelle Fragen der Wohnbauförderung in einem grösseren Kreis von Fachleuten zu diskutieren. Der Kurs wendet sich daher in erster Linie an die Behördenmitglieder und Chefbeamten der Kantone und Gemeinden, die für Wohnungsfragen verantwortlich sind, sowie an interessierte Persönlichkeiten aus dem sozialen Wohnungsbau, dem Baugewerbe und den Banken.

Der Kurs wurde in Zusammenarbeit mit dem Präsidenten der Beratenden Wohnbaukommission des Bundes, Herrn Prof. Dr. Alfred Nydegger, und dem Schweizerischen Institut für Aussenwirtschafts- und Marktforschung an der Hochschule St. Gallen vorbereitet. Neben den Vorträgen ist ein Podiumsgespräch vorgesehen. Die Teilnehmer des Kurses haben die Möglichkeit, den Referenten und den Teilnehmern des Podiumsgesprächs Fragen zu stellen und eigene Auffassungen bekanntzugeben. Rechtzeitig vor Kursbeginn sollen schriftliche Unterlagen zugestellt werden.

Programm

1. Staatliche Wohnbaupolitik – Möglichkeiten und Grenzen
Dipl. Ing. Fritz Berger, Delegierter des Bundesrates für Wohnungsbau, Bern
2. Die Wohnbauförderung nach geltendem Recht
Franz Xaver Suter, Chef des Eidgenössischen Büros für Wohnungsbau, Bern
3. Die Neukonzeption der Wohnbauförderung
Prof. Dr. Alfred Nydegger, Präsident der Beratenden Wohnbaukommission des Bundes, Direktor des Schweizerischen Instituts für Aussenwirtschafts- und Marktforschung an der Hochschule St. Gallen, St. Gallen
4. Die Erschliessung von Bauland
Fürsprecher Thomas Guggenheim, Mitglied der Beratenden Wohnbaukommission des Bundes, Wangen a. d. A.
5. Alternativmodelle der Wohnbauförderung
Lic. oec. Peter Gurtner, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Schweizerischen Institut für Aussenwirtschafts- und Marktforschung an der Hochschule St. Gallen, St. Gallen
6. Mieter und Vermieter in der Westschweiz
Werner Sollberger, Direktor des «Service des habitations à loyers modérés» des Kantons Genf, Genf

Podiumsgespräch

- mit den Referenten sowie mit
- Hans Reinhard, Architekt SIA/BSA, Mitglied der Beratenden Wohnbaukommission des Bundes, Bern
 - Dr. Karl Helbling, alt Direktor der Luzerner Kantonalbank, Luzern
 - Willy Messmer, Präsident des Schweizerischen Baumeisterverbandes, Sulgen TG

Der zweitägige Kurs findet im Grossen Saal des Kongresshauses Schützengarten statt:

30. Juni 1971 von 10 bis 16.15 Uhr. Anschliessend Gelegenheit zur Diskussion sowie Beantwortung von Fragen durch die Referenten.

1. Juli 1971 von 9.15 bis 11 Uhr. Ab 13.45 Uhr Podiumsgespräche, Gelegenheit zur Diskussion und Beantwortung von Fragen durch die Teilnehmer des Podiumsgesprächs.

Teilnahmebedingungen

Die *Teilnehmergebühr* für den ganzen Kurs beträgt Fr. 55.–.

Anmeldungen sind spätestens bis *31. Mai 1971* an das Sekretariat der Schweizerischen Verwaltungskurse, Dufourstrasse 40a, 9000 St. Gallen, erbeten.

Teilnehmer, die einem Personalverband angehören, der den Schweizerischen Verwaltungskursen angeschlossen ist, werden ersucht, bei der Anmeldung auf ihre Mitgliedschaft hinzuweisen.

Sobald die Teilnehmergebühr auf *Postcheckkonto St. Gallen 90-7808* (Verwaltungskurse Hochschule St. Gallen) einbezahlt ist, wird die Teilnehmerkarte zugeschickt.

Auf Grund der Anmeldung zum Kurs werden *auf Wunsch* die Unterlagen zur *Zimmerbestellung* zugesandt.

Allgemeine Baugenossenschaft Winterthur

Der vorliegende 49. Jahresbericht dieser gemeinnützigen Baugenossenschaft beweist, dass es sich bei dieser Organisation nicht um ein junges Unternehmen handelt. Die Gründung der Allgemeinen Baugenossenschaft Winterthur fiel in das Jahr 1922. Ihre grösste Aktivität entfaltete sie in der Zeit der grossen Wohnungsnot Ende der zwanziger Jahre. Es wurden von ihr damals in verschiedenen Gegenden der Stadt, vor allem in den «Bleichewiesen» und im Hinterwiesliquartier, 175 Wohnungen erstellt und damit ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung des mangelnden Wohnraumes geleistet. Inzwischen ist die Allgemeine Baugenossenschaft von jungen, zeitorientierten Baugenossenschaften überflügelt worden. Zum Teil mangels passenden Baulandes, aber auch wegen bescheidener Kapitalreserven musste sie auf weitere Bauvorhaben verzichten und beschränkte sich auf den Unterhalt und einen zeitgemässen Ausbau der in ihrem Besitz verbliebenen 66 Wohnungen an der Weststrasse. So wurden seit dem Zweiten Weltkrieg etappenweise Badzimmer in die Wohnungen eingebaut, Küchenkombinationen aufgestellt und in sämtlichen Häusern Waschautomaten montiert. Gegenwärtig wird der bereits beschlossene Umbau von Ofenheizung auf Fernheizung vorbereitet.